



## Sichere Versorgung dank hoher Diversifizierung

Die Handelsabhängigkeiten der Schweiz von einzelnen Ländern sind insgesamt überschaubar und meist unproblematisch. Zu diesem Schluss kommt eine jüngst publizierte Analyse des Bundesrates, basierend auf allen verfügbaren Handelsdaten. Grund dafür ist die breite regionale Diversifizierung der Schweizer Wirtschaft, die für die Versorgung weiterhin zentral bleibt. Industriepolitische Initiativen sind hingegen nicht zielführend.

Im Zuge geopolitischer Spannungen beurteilen derzeit viele Länder ihre gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten neu. Gestern hat der Bundesrat eine entsprechende **Analyse für die Schweiz** vorgelegt. Die Studie hat alle international verfügbaren Handelsdaten im Zeitraum von 2001 bis 2021 ausgewertet. Diese zeigt, dass unsere Handelsabhängigkeiten von anderen Ländern überschaubar sind und wertmässig weniger als zwei Prozent der Warenimporte betreffen. Gerade bei prominenten Gütern wie Halbleitern oder Solarzellen stellt die bundesrätliche Studie eine relativ breite Diversifizierung fest. Abhängigkeiten beim Export bestehen praktisch keine.

### **Fehldiagnose Rückverlagerung**

Die Zahlen zeigen auch, dass die Schweiz diversifizierter aufgestellt ist als seine Handelspartner. Viele von ihnen haben industriepolitische Programme zur Reduktion gewisser Abhängigkeiten initiiert. Die Wirtschaft teilt die Auffassung des Bundesrates, dass solche Initiativen **für die Schweiz nicht zielführend** sind. Durch die Fokussierung auf die Endproduktion wird ein Versorgungsengpass nicht

behalten, sondern lediglich entlang der Wertschöpfungskette verschoben.

### **Bewährtes Subsidiaritätsprinzip**

Wie der Bundesrat richtigerweise festhält, ist das Lieferkettenmanagement und der Umgang mit Handelsabhängigkeiten primär eine Aufgabe der Wirtschaft. Viele Schweizer Unternehmen haben infolge der Covid-19-Pandemie und des Ukraine-Kriegs Massnahmen getroffen, um Risiken in ihren Lieferketten zu minimieren. Dazu gehört die Diversifizierung der Lieferanten aber auch eine Erhöhung der Vorratshaltung.

Der Staat greift in der wirtschaftlichen Landesversorgung nur dann ein, wenn die Wirtschaft nicht mehr in der Lage ist, diese selbst zu gewährleisten – sprich im Kontext einer schweren Mangellage. Auf die zentrale Bedeutung dieses bewährten Subsidiaritätsprinzips hat die Wirtschaft auch im Rahmen der **Teilrevision des Landesversorgungsgesetzes (LVG)** nochmals hingewiesen.

### **Wirtschaft unterstützt Massnahmen des Bundesrates**

Um die hohe Diversifizierung im Handel auch in Zukunft zu erhalten und die Lieferketten zu stärken, unterstützt die Wirtschaft die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen. Die Weiterentwicklung des regelbasierten Handelssystems – auch über internationale Initiativen wie das **«Joint Statement on Cooperation on Global Supply Chains»** – bleibt für die Schweiz die «first-best-solution». Darüber hinaus bleiben für die Versorgung aber auch die **langfristige Teilnahme am EU-Binnenmarkt** und weitere Impulse von neuen Freihandelsabkommen (z.B. mit Mercosur, Thailand oder Vietnam) zentral. Für den Abschluss solcher Abkommen, aber auch bei der Abwehr industriepolitischer und protektionistischer Massnahmen (z.B. gegen die Einführung eines **CO2-Grenzausgleichs gegenüber Drittstaaten**) ist die Politik gefordert.